

Antrag

der Abg. Andreas Stoch u. a. SPD

und

Stellungnahme

des Ministeriums für Soziales und Integration

Die Teststrategie des Bundes auch zu PoC-Antigen-Tests so schnell wie möglich in Baden-Württemberg umsetzen

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,

1. wie ihr Beschluss zur aktualisierten Teststrategie des Landes, über den in der Pressemitteilung vom 10. November 2020 berichtet wird, in der im Wortlaut beschlossenen Fassung lautet;
2. wie viele PoC-Antigen-Tests sie bis zum 11. November 2020 bereits beschafft und wie viele sie bis zum 11. November 2020 bestellt hat sowie wie bei den bestellten die Aussicht auf Lieferung ist;
3. wie viele PoC-Antigen-Tests der Öffentliche Gesundheitsdienst in Baden-Württemberg insgesamt für die eigene Verwendung aktuell und für die kommenden Monate einplant, wie viele davon bereits bestellt sind, wie die Aussichten auf Lieferung sind und wie viele davon bereits in Baden-Württemberg zur Anwendung kamen;
4. welche Aussicht für die in § 6 Absatz 3 der Coronavirus-Testverordnung des Bundesministeriums für Gesundheit vom 14. Oktober 2020 genannten Dienste und Einrichtungen der Versorgung von kranken, pflegebedürftigen oder behinderten Menschen besteht, dass sie die vom Ministerium für Soziales und Integration genehmigte Anzahl von PoC-Antigen-Tests tatsächlich erhalten, und welche Unterstützung die Landesregierung ihnen bei der Beschaffung zukommen lässt;
5. wie die Bestellung von PoC-Antigen-Tests für die Kassenärztinnen und -ärzte in Baden-Württemberg geregelt ist und welche Aussicht diese haben, dass sie bestellte Tests auch in angemessener Frist geliefert bekommen;

6. über welche Wege die PoC-Antigen-Tests für Personal in Schulen oder Kitas beschafft und wie sie durchgeführt werden sollen;
7. wie viele PoC-Antigen-Tests ihrer Kenntnis nach bereits in Baden-Württemberg selbstständig von Kommunen bereits beschafft und darüber hinaus bestellt wurden und wie dies in eine koordinierte Landesstrategie passt;
8. wie sie bei der Beschaffung der PoC-Antigen-Tests den Vergleich zu Bayern beurteilt, wo die Staatsregierung bereits 464.400 Antigen-Schnelltests an die Landkreise und kreisfreien Städte verteilt und 10,5 Millionen Antigen-Schnelltests bei verschiedenen Herstellern für Bayern gesichert hat.

12. 11. 2020

Stoch, Gall, Wölfle, Hinderer, Kenner SPD

Begründung

Seit Monaten befinden sich bereits PoC-Antigen-Tests auf dem Markt und auch in Baden-Württemberg in der Erprobung (siehe auch Drucksache 16/8948 – Möglichkeiten und geplante Maßnahmen im Rahmen einer allgemeinen Erweiterung der Testungen auf SARS-CoV-2 und speziell durch die Hinzunahme von Schnelltests in Baden-Württemberg). Seit dem 14. Oktober 2020 sind diese Tests mit der Coronavirus-Testverordnung des Bundesministeriums für Gesundheit auch abrechenbar und in der Teststrategie des Bundes aufgenommen. Jetzt kommt es darauf an, dass diese Tests schnellstmöglich in Baden-Württemberg in der Breite zum Einsatz kommen und zum Beispiel auch für jede Einrichtung, die besonders vulnerable Personen betreut, verfügbar sind. Dafür ist auch eine Absicherung der Bestell- und Beschaffungsvorgänge nötig. Für November hat der Bund zunächst neun Millionen Tests über Abnahmegarantien bei Herstellern gesichert, damit die Länder oder Einrichtungen sie kaufen können. Dieses monatliche Kontingent soll schrittweise auf 22 Millionen Schnelltests im Januar anwachsen. Der Minister für Soziales und Integration verkündete am 10. November 2020, dass er bereits „fünf Millionen Schnelltests als Notreserve geordert“ habe. Mit dem Antrag wird nach der Umsetzung in Baden-Württemberg gefragt und danach, wie die Beschaffung eingeschätzt und gesichert werden kann.

Stellungnahme*)

Mit Schreiben vom 18. Dezember 2020 Nr. 51-0141.5-016/9266 nimmt das Ministerium für Soziales und Integration zu dem Antrag wie folgt Stellung:

*Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,*

1. *wie ihr Beschluss zur aktualisierten Teststrategie des Landes, über den in der Pressemitteilung vom 10. November 2020 berichtet wird, in der im Wortlaut beschlossenen Fassung lautet;*

Die aktuelle „SARS-CoV-2-Teststrategie Baden-Württemberg November 2020“ ist im *Anhang* beigefügt sowie auf der Homepage des Sozialministeriums abrufbar.

*) Der Überschreitung der Drei-Wochen-Frist wurde zugestimmt.

2. *wie viele PoC-Antigen-Tests sie bis zum 11. November 2020 bereits beschafft und wie viele sie bis zum 11. November 2020 bestellt hat sowie wie bei den bestellten die Aussicht auf Lieferung ist;*

Das Ministerium für Soziales und Integration hat Mitte November 2020 insgesamt 4.999.680 PoC-Antigen-Tests bestellt, die dem Ministerium für Soziales und Integration in Tranchen-Lieferungen bis einschließlich Dezember 2020 vollständig zugehen. Zum Stand 17. Dezember 2020 sind bereits 2.900.480 Schnelltests zugegangen.

3. *wie viele PoC-Antigen-Tests der Öffentliche Gesundheitsdienst in Baden-Württemberg insgesamt für die eigene Verwendung aktuell und für die kommenden Monate einplant, wie viele davon bereits bestellt sind, wie die Aussichten auf Lieferung sind und wie viele davon bereits in Baden-Württemberg zur Anwendung kamen;*

Zur Sicherstellung der Versorgung und zur Gewährleistung eines zeitnahen Einsetzens von PoC-Antigen-Tests im Land hat der Ministerrat das Ministerium für Soziales und Integration mit Beschluss vom 20. Oktober 2020 beauftragt, fünf Millionen Antigen-Tests als Notreserve zu beschaffen. Sofern eine Beschaffung für Einrichtungen in Baden-Württemberg auf Basis des o. s. Verfahrens nicht möglich ist, können diese Einrichtungen unter bestimmten Kriterien Zugang zu der Notreserve des Landes erhalten. Ein Konzept zur Umsetzung wird gerade vom Ministerium für Soziales und Integration erarbeitet.

Antigen-Tests werden von den von § 4 TestV des Bundes umfassten Einrichtungen weit überwiegend in eigener Verantwortung beschafft und durchgeführt. Insofern kommt dem ÖGD bei der Beschaffung und Durchführung von Antigen-Tests nur eine untergeordnete Rolle zu.

4. *welche Aussicht für die in § 6 Absatz 3 der Coronavirus-Testverordnung des Bundesministeriums für Gesundheit vom 14. Oktober 2020 genannten Dienste und Einrichtungen der Versorgung von kranken, pflegebedürftigen oder behinderten Menschen besteht, dass sie die vom Ministerium für Soziales und Integration genehmigte Anzahl von PoC-Antigen-Tests tatsächlich erhalten, und welche Unterstützung die Landesregierung ihnen bei der Beschaffung zukommen lässt;*

Laut Corona-Testverordnung (TestV) des Bundes ist eine Beschaffung seitens der Einrichtungen über die herkömmlichen Bezugswege vorgesehen. Auf diesem Wege gelangen die bestellten Antigen-Tests direkt an die Einrichtungen vor Ort. Zudem können die Kosten direkt mit der KVBW bzw. den Pflegekassen abgerechnet werden. Eine zeitaufwendige Umverteilung und Abrechnung über das Land entfällt.

Das Ministerium für Soziales und Integration Baden-Württemberg hat zur Antragstellung für Antigen-Tests nach § 6 Abs. 3 TestV ein verwaltungsarmes Verfahren entwickelt. Informationen zum Antragsverfahren für Antigen-Tests nach § 6 Abs. 3 TestV sind abrufbar auf den Seiten des Ministeriums für Soziales und Integration Baden-Württemberg unter:

<https://sozialministerium.baden-wuerttemberg.de/de/gesundheit-pflege/gesundheitschutz/infektionsschutz-hygiene/informationen-zu-coronavirus/faq-fachleute/>.

5. *wie die Bestellung von PoC-Antigen-Tests für die Kassenärztinnen und -ärzte in Baden-Württemberg geregelt ist und welche Aussicht diese haben, dass sie bestellte Tests auch in angemessener Frist geliefert bekommen;*

Vertragsärztinnen und Vertragsärzte können Antigen-Schnelltests bzw. PoC-Tests (Point-of-Care-Tests) für asymptomatische Testungen im Zuge der nationalen Teststrategie einsetzen und gemäß den Vorgaben der TestV des Bundes abrechnen.

Arztpraxen beziehen bzw. bestellen die Tests in den Apotheken in eigener Verantwortung. Hier seien kleine Gebinde in der Regel nicht lieferbar, weil andere

Institutionen und Einrichtungen, z. B. Länder, große Firmen oder Krankenhäuser die PoC-Tests in großen Stückzahlen (zu 10.000er-Größen) aufkaufen.

Zu den Kosten der PoC-Tests teilt die KVBW mit, dass die Sachkosten für die PoC-Antigen-Tests in Höhe der Beschaffungskosten, jedoch maximal 9 Euro je Test-Kit, erstattet werden. Es dürfen nur Antigen-Testverfahren eingesetzt werden, die auf der Liste des Bundesinstituts für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM) aufgeführt sind. Die Mehrzahl der Test-Kits werde zu Preisen zwischen 11 und 13 Euro angeboten. Nur bei höherer Stückzahl reduzieren sich die Preise unterhalb der Erstattungsbeträge durch das Bundesamt für Soziale Sicherung.

Insgesamt sei die Versorgung in den Arztpraxen mit PoC-Tests daher erschwert. Derzeit prüfe die KVBW, ob größere Mengen durch die Kassenärztliche Vereinigungen vergaberechtskonform bestellt und an die Praxen verteilt werden können.

6. über welche Wege die PoC-Antigen-Tests für Personal in Schulen oder Kitas beschafft und wie sie durchgeführt werden sollen;

Durch die am 4. Dezember 2020 in Kraft getretene Änderung der Medizinprodukte-Abgabeverordnung ist eine Abgabe von Antigen-Schnelltests auch an Schulen sowie an Kitas und andere Einrichtungen nach § 33 IfSG ermöglicht worden. Kombiniert mit dem durch das Dritte Bevölkerungsschutzgesetz bereits aufgehobenen Arztvorbehalt für Schnelltests (§ 24 Abs. 1 IfSG) bedeutet das, dass die Tests in den Schulen selbst angewendet werden dürfen – allerdings durch entsprechend geschultes Personal.

Entsprechende vorsorgliche Testungen in eigener Verantwortung der Schulen und Kindertageseinrichtungen sind jedoch aktuell nicht in der Teststrategie des Landes vorgesehen. Für die im Rahmen der Teststrategie des Landes vorgesehenen Antigen-Tests in Schulen und Kindertageseinrichtungen sollen die bestehenden Teststrukturen bei niedergelassenen Ärzten und Testzentren genutzt werden.

7. wie viele PoC-Antigen-Tests ihrer Kenntnis nach bereits in Baden-Württemberg selbstständig von Kommunen bereits beschafft und darüber hinaus bestellt wurden und wie dies in eine koordinierte Landesstrategie passt;

Dem Ministerium für Soziales und Integration liegen hierzu keine repräsentativen Erkenntnisse vor.

8. wie sie bei der Beschaffung der PoC-Antigen-Tests den Vergleich zu Bayern beurteilt, wo die Staatsregierung bereits 464.400 Antigen-Schnelltests an die Landkreise und kreisfreien Städte verteilt und 10,5 Millionen Antigen-Schnelltests bei verschiedenen Herstellern für Bayern gesichert hat.

Die Landesregierung bewertet grundsätzlich nicht die Beschaffungsmaßnahmen anderer Länder.

Lucha

Minister für Soziales
und Integration



Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR SOZIALES UND INTEGRATION

09.11.2020

SARS-CoV-2-Teststrategie Baden-Württemberg November 2020

Das Infektionsgeschehen der ersten Welle der Corona-Pandemie konnte in Baden-Württemberg weitgehend zurückgedrängt und eine Überlastung der Krankenhäuser verhindert werden. Begleitend zur schrittweisen Lockerung der weitgehenden Kontaktbeschränkungen wurde mit Beschluss der Lenkungsgruppe SARS-CoV-2 vom 23. April 2020 die SARS-CoV-2-Teststrategie Baden-Württemberg implementiert, die eine breite und zielgerichtete Testung auf SARS-CoV-2 umfasst. Mit Beschluss der Lenkungsgruppe vom 14. April 2020 war im Vorfeld bereits ein Testkonzept für stationäre Pflegeeinrichtungen eingeführt worden.

Am 30. Juni 2020 wurde die weiterentwickelte Teststrategie des Landes vom Ministerrat gebilligt. Diese verfolgte vor dem Hintergrund der seinerzeit vergleichsweise niedrigen landesweiten 7-Tages-Inzidenz von ca. 1,3 Fällen pro 100.000 Einwohnern das Ziel, eine verstärkte Viruszirkulation in der Bevölkerung möglichst frühzeitig zu entdecken. Hierzu wurden insbesondere zielgerichtete Monitoring-Untersuchungen in bestimmten Bevölkerungsgruppen zusätzlich in die Teststrategie aufgenommen.

Zwischenzeitlich hat die Anzahl der SARS-CoV-2-Infektionen landesweit deutlich zugenommen, die landesweite 7-Tages-Inzidenz liegt mit Stand 2. November 2020 bei 116,7 Neuinfektionen pro 100.000 Einwohner. Zusätzlich ist am 15. Oktober 2020 eine neue Fassung der „Verordnung zum Anspruch auf bestimmte Testungen in Bezug auf einen direkten Erregernachweis des Coronavirus SARS-CoV-2 (Coronavirus-Testverordnung - TestV)“ des Bundes in Kraft getreten, die über die bisherigen Testoptionen der Nationalen Teststrategie hinaus Testungen mittels Antigen-Tests einschließlich der entsprechenden Kostentragungsregelungen umfasst. Vor diesem Hintergrund ist eine Anpassung der SARS-CoV-2-Teststrategie Baden-Württemberg erforderlich.

1. Ausrichtung der SARS-CoV-2-Teststrategie Baden-Württemberg

Mit steigenden Fallzahlen kommt der zielgerichteten Ausrichtung der Testungen erneut eine verstärkte Bedeutung zu. Während bei niedriger Inzidenz und zunehmender Lockerung der Beschränkungsmaßnahmen breites Testen im Umfeld von Fällen zur möglichst frühzeitigen Entdeckung asymptomatischer Virusträger im Vordergrund stand, liegt der Schwerpunkt der

Testungen in der aktuellen epidemiologischen Lage auf der Begrenzung von Ausbrüchen und dem Schutz vulnerabler Gruppen. Ein weiteres wichtiges Element der Bekämpfungsstrategie stellen die verstärkten Maßnahmen zur Kontaktbeschränkung in Regionen mit erhöhter 7-Tages-Inzidenz sowie auf Grundlage der jüngsten MPK-Beschlüsse dar.

Nachfolgend werden alle Elemente der Teststrategie Baden-Württemberg dargestellt, die sowohl die Testoptionen der Nationalen Teststrategie als auch zusätzliche ergänzende Elemente umfasst. Dabei ist anzumerken, dass ein großer Teil der speziellen Testoptionen der erweiterten Teststrategie Baden-Württemberg von Seiten des Bundes in die Nationale Teststrategie und in die TestV aufgenommen wurden. Vor dem Hintergrund der aktuellen epidemiologischen Lage und der dadurch bedingten Änderung der Ausrichtung der Teststrategie haben verschiedene Elemente des Monitorings und der systematischen Untersuchungen der bisherigen Teststrategie ihre Bedeutung verloren (vgl. Abschnitt 6).

2. Testung mittels PCR-Test

Die Untersuchung mittels PCR stellt weiterhin den Goldstandard der Untersuchung auf SARS-Cov-2 dar. Entsprechende Analyseverfahren weisen eine hohe Sensitivität und Spezifität auf. Bis zum Vorliegen des Testergebnisses können aufgrund des notwendigen Probenverkehrs in ein Labor mehrere Tage vergehen. Die PCR kommt daher insbesondere dort zum Einsatz, wo ein Virusnachweis mit großer Genauigkeit erforderlich ist.

2.1. Testung symptomatischer Personen entsprechend der RKI-Empfehlung

Die niederschwellige Testung von Personen mit Symptomen einer COVID-Erkrankung ist eine wesentliche Voraussetzung, um Neuinfizierte früh zu entdecken und zu isolieren, sowie die Kontaktpersonen zu ermitteln und bei engen Kontaktpersonen Quarantänemaßnahmen einzuleiten. Dieses Vorgehen stellt wie bisher das zentrale Element zur Unterbrechung von Infektionsketten dar. Nach den Empfehlungen des RKI (14. Oktober 2020) zählen hierzu grundsätzlich Personen mit jeglichen akuten respiratorischen bzw. COVID-19 typischen Symptomen, inklusive jeder ärztlich begründete Verdachtsfall.

Im Hinblick auf die Herbst- und Wintersaison hat das RKI seine Empfehlungen für Testkriterien für SARS-CoV-2-Infektionen aktuell (3. November 2020) angepasst, um im Falle einer stark erhöhten Inzidenz in der Herbst-/Wintersaison eine Überlastung von Arztpraxen, Eltern, Betreuungseinrichtungen etc. und unzureichende Kapazitäten und Ressourcen hinsichtlich der Durchführung (Arztpraxen, Testcenter, Krankenhäuser) und der Auswertung von Tests (Laborkapazitäten) zu verhindern (siehe auch Abschnitt 7).

Testungen symptomatischer Personen entsprechend der RKI-Empfehlungen sind unmittelbar mit der Kostentragung durch die Gesetzliche Krankenversicherung (GKV) verknüpft.

2.2. Untersuchung asymptomatischer Personen im Umfeld von Fällen

Die Untersuchung asymptomatischer Personen im Umfeld von Fällen war zentraler Bestandteil der erweiterten Testungen im Rahmen der SARS-CoV-2 Teststrategie Baden-Württemberg vom 23. April

2020 und wird weiterhin fortgeführt. Nach der TestV Bund vom 14. Oktober 2020 werden für diese Testungen nicht nur die Leistungen der Labordiagnostik durch die GKV aus der Liquiditätsreserve des Gesundheitsfonds getragen, sondern auch die Kosten der ärztlichen Leistung (z. B. Abstrichentnahme), die bislang durch das Land getragen wurden.

2.2.1 Kontaktpersonen

Die frühzeitige gezielte Testung enger Kontaktpersonen ist für die Unterbrechung weiterer Infektionsketten von besonderer Bedeutung. Durch die Untersuchung enger Kontaktpersonen unabhängig vom Vorliegen von Symptomen können zielgerichtet auch asymptomatische Virusträger und Personen in der Prodromalphase erfasst werden.

Die Testung kann vom Gesundheitsamt oder vom behandelnden Arzt einer mit SARS-CoV-2 infizierten Person veranlasst werden.

Folgende Kontaktpersonen sind von der Testkonzeption umfasst:

- a. Enge asymptomatische Kontaktpersonen von Personen mit einer bestätigten SARS-CoV-2-Infektion,
- b. Personen, die über die Corona-Warn-App eine Warnmeldung „Erhöhtes Risiko“ erhalten haben,
- c. Haushaltsangehörige von SARS-CoV-2 Infizierten.

Die Kostentragung erfolgt im Rahmen der TestV des Bundes. Bei weiter steigenden Fallzahlen ist möglicherweise eine Priorisierung der Testungen erforderlich (siehe Abschnitt 7).

2.2.2. Bei Auftreten eines Falles in Gemeinschaftseinrichtungen sowie medizinischen und pflegerischen Einrichtungen

Bei Auftreten von Fällen z. B. in Gemeinschaftsunterkünften oder Pflegeeinrichtungen lassen sich Kontaktpersonen und die Intensität der Kontakte häufig nur schwer ermitteln. Verschiedene Geschehen (z. B. LEA Ellwangen, Ausbrüche in Pflegeeinrichtungen) haben gezeigt, dass in solchen Szenarien ein hoher Anteil asymptomatischer Virusträger auftreten kann. Durch breit angelegte Untersuchungen kann hier frühzeitig eine Isolierung von Virusträgern und Erkrankten erfolgen.

Für folgende Bereiche besteht eine Kostentragungsregelung im Rahmen der TestV des Bundes:

- a. Personen, die in Gemeinschaftseinrichtungen und -unterkünften betreut werden oder untergebracht sind oder dort tätig sind (z. B.: Schulen, Kitas, Flüchtlingsunterkünfte), wenn in der Einrichtung eine mit SARS-CoV-2 infizierte Person festgestellt wurde.
- b. Patienten, Bewohner und das Personal in pflegerischen und medizinischen Einrichtungen bzw. Unternehmen, wenn in der Einrichtung oder dem Unternehmen eine mit SARS-CoV-2 infizierte Person festgestellt wurde. Die Regelung umfasst auch Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen sowie ambulante Pflegedienste und ambulante Pflegedienste, die ambulante Intensivpflege erbringen, sowie ambulante Dienste der Eingliederungshilfe.

2.2.3 Ausbrüche in anderen Settings

Darüber hinaus können bei Ausbrüchen in Settings, die nicht unter die vorgenannten Regelungen der TestV Bund fallen (z. B. Schlachtbetriebe, Kirchengemeinden, Behörden), auf der Grundlage von § 25 IfSG Testungen bei asymptomatischen Personen durch das Gesundheitsamt veranlasst werden. In diesen Fällen werden die Kosten für Abstrichnahme und Testung durch den ÖGD getragen. Die Testungen sollen in diesen Fällen bevorzugt im Landesgesundheitsamt bzw. den Laboren der Chemischen- und Veterinäruntersuchungsämtern durchgeführt werden.

3. Testung mittels Antigen-Test

Antigen-Tests stehen zwischenzeitlich als sogenannter „point of care test“ (PoC-Test) für den Einsatz vor Ort (Antigen-Schnelltest) oder als Labortest für die gleichzeitige Untersuchung einer größeren Anzahl an Proben zur Verfügung. Sie verfügen im Vergleich zum PCR-Test über eine geringere Sensitivität und Spezifität. Das bedeutet, dass ein negatives Antigen-Testergebnis eine Infektion mit SARS-CoV-2 nicht sicher ausschließt. Durch die geringere Spezifität besteht eine höhere Wahrscheinlichkeit für falsch positive Ergebnisse. Positive Ergebnisse von Antigen-Tests müssen insofern grundsätzlich mittels PCR bestätigt werden.

Vor diesem Hintergrund sollten Antigen-Tests nur in den Fällen angewendet werden, in denen ein falsch negatives Ergebnis nicht zu weitreichenden Konsequenzen führt, wie z. B. einem Viruseintrag in eine besonders vulnerable Gruppe wie beispielsweise der Intensivstation eines Krankenhauses.

Alle derzeit auf dem Markt befindlichen Antigen-Schnelltests müssen von geschultem, medizinischen oder pflegerischen Personal unter Beachtung von Arbeitsschutzmaßnahmen durchgeführt werden.

3.1 Prophylaktische Testung mittels Antigen-Tests

Durch regelmäßige prophylaktische Testungen in medizinischen und pflegerischen Einrichtungen kann das Risiko des Eintrags von SARS-CoV-2 in die Einrichtung deutlich reduziert werden. Insofern dienen diese Testungen dem Schutz vulnerabler Gruppen.

Für diesen Zweck sind PoC-Antigentests besonders geeignet, da diese unabhängig von einem Labor durchgeführt werden können und die Testergebnisse rasch vorliegen.

Der Einsatz von Vor-Ort Antigentests ist nach der TestV des Bundes insbesondere vorgesehen für folgende Personengruppen:

a. Bewohner, Betreute und Personal in pflegerischen Einrichtungen sowie Einrichtungen der Behindertenhilfe

Auf der Grundlage eines Testkonzeptes der Einrichtung sind regelmäßige Testungen möglich. Nach der TestV Bund ist ein Testanspruch einmal pro Woche vorgesehen. Die Sachkosten werden von den Pflegekassen getragen. Abstrichentnahmen sollen durch das Personal selbst durchgeführt werden, eine Kostentragung ist hierfür nicht vorgesehen. Das Personal, das die Abstriche durchführt, soll ärztlich geschult werden. Die Kostentragung für die Schulungen ist ebenfalls in der TestV Bund geregelt.

b. Patienten und Personal in medizinischen Einrichtungen

Auf der Grundlage eines Testkonzeptes der Einrichtung sind regelmäßige Testungen einmal pro Woche möglich. Die Kostentragung für die Sachkosten erfolgt über die Gesetzliche Krankenversicherung aus der Liquiditätsreserve des Gesundheitsfonds. Die Abstrichentnahme soll durch das Personal durchgeführt werden. Eine Kostentragung ist hierfür nicht vorgesehen.

c. Personal von Arzt- und Zahnarztpraxen sowie Praxen anderer medizinischer Heilberufe

Auf der Grundlage eines Testkonzeptes der Einrichtungen sind regelmäßige Testungen möglich. Die Sachkosten können als außerordentliche Aufwendungen geltend gemacht werden.

d. Besucher von Krankenhäusern und, bestimmten anderen medizinischen Einrichtungen sowie stationären Pflegeeinrichtungen und Einrichtungen der Behindertenhilfe

Im Rahmen der Testkonzepte der Einrichtungen kann eine Testung der Besucher unmittelbar vor dem Besuch der Einrichtung erfolgen. Eine Testung kann bis zu einmal wöchentlich erfolgen.

Für das Personal in medizinischen und pflegerischen Einrichtungen kann in Abhängigkeit von der epidemiologischen Lage durch den ÖGD veranlasst werden, dass auch andere Testmethoden (z. B. PCR) zum Einsatz kommen können.

3.2 Beschaffung von Antigentests durch die Einrichtungen

Nach der TestV Bund ist vorgesehen, dass die Einrichtungen Antigen-Tests selbstständig bei den Herstellern bestellen. Der Bund hat durch den Abschluss von Rahmenverträgen mit verschiedenen Herstellern hierzu die Voraussetzungen geschaffen. Nach der TestV Bund müssen sich die Einrichtungen die monatliche Bestellmenge der Antigenschnelltests durch die zuständige Stelle des Öffentlichen Gesundheitsdienstes genehmigen lassen (§ 6 Abs. 3 TestV Bund). Für dieses Antragsverfahren hat das Ministerium für Soziales und Integration im Einvernehmen mit den Pflegekassen eine ressourcenschonende Lösung etabliert. Die Einrichtungen senden ein leicht auszufüllendes Antragsformular an ein Funktionspostfach beim Ministerium für Soziales und Integration; auf dieser Grundlage wird die Maximalzahl an bestellbaren Tests ermittelt und automatisch eine Genehmigung generiert.

Auch für das zusätzlich erforderliche Testkonzept wurde der Aufwand durch Bereitstellung eines Muster-Testkonzeptes deutlich reduziert.

3.3 Beschaffung von Antigen-Tests durch das Land

Mit Beschluss des Ministerrats vom 20. Oktober 2020 wurde die Beschaffung von 5 Mio. Antigen-Schnelltests durch das Land beschlossen. Diese Tests sind vorgesehen als Notreserve im Falle von Lieferengpässen oder für die Untersuchungen im Rahmen der Bewältigung großer Ausbrüche.

4 Weitere Testungen mittels PCR oder Antigen-Test

4.1 Prophylaktische Testung bei Aufnahme in eine pflegerische oder medizinische Einrichtung

Zur Reduktion des Eintragsrisikos in pflegerische und medizinische Einrichtungen ist eine Testung bei Aufnahme oder Wiederaufnahme in ein Krankenhaus, eine Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtung oder eine Pflegeeinrichtung, sowie vor einer ambulanten Operation oder einer ambulanten Dialyse

vorgesehen. Die Kostentragung erfolgt im Falle von Krankenhäusern auf der Grundlage von § 26 Krankenhausfinanzierungsgesetz, in den anderen Fällen nach TestV Bund aus der Liquiditätsreserve des Gesundheitsfonds.

4.2 Testung bei Einreise aus dem Ausland

Asymptomatische Personen haben innerhalb von zehn Tagen nach Einreise nach Deutschland Anspruch auf Testung, wenn sie sich zu einem beliebigen Zeitpunkt in den letzten 14 Tagen vor der Einreise in einem Risikogebiet aufgehalten haben. Die aktuelle Liste der Risikogebiete ist durch das Robert Koch-Institut auf folgender Webseite veröffentlicht: www.rki.de/covid-19-risikogebiete.

5 Testkonzept in speziellen Bereichen, die unter besonderer Aufmerksamkeit stehen

Im Rahmen der ersten SARS-CoV-2-Welle im Frühjahr 2020 waren Pflegeeinrichtungen besonders stark von Ausbrüchen betroffen. Zur Reduktion des Eintragsrisikos wurden weitgehende Besuchs- und Ausgangsbeschränkungen getroffen, die zu einer entsprechenden Vereinsamung der Bewohner führten. Dies soll in Zukunft ebenso vermieden werden wie eine großflächige Schließung von Schulen und Kindertageseinrichtungen.

Dem Schutz vulnerabler Gruppen sowie der Aufrechterhaltung des Schul- und Kita-Betriebs kommt daher eine besondere Bedeutung zu. Dies soll durch entsprechende Testkonzepte gestützt werden, die im nachfolgenden dargestellt werden. Dabei bestehen teilweise Redundanzen zu den bereits oben genannten Testoptionen.

5.1 Schutz vulnerabler Gruppen

Der Schutz vulnerabler Gruppen wird insbesondere durch folgende Testoptionen gewährleistet:

- a. Testung bei Aufnahme oder Wiederaufnahme in ein Krankenhaus, eine Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtung oder eine Pflegeeinrichtung, sowie vor einer ambulanten Operation oder einer ambulanten Dialyse,
- b. Breite Testung bei Auftreten eines Infektionsfalles in einer pflegerischen oder medizinischen Einrichtung,
- c. Prophylaktische Testung mittels Antigen-Test von Patienten, Bewohnern und Betreuten sowie Personal in pflegerischen und medizinischen Einrichtungen sowie Einrichtungen der Behindertenhilfe,
- d. Prophylaktische Testung der Besucher von Krankenhäusern, bestimmten medizinischen Einrichtungen sowie Pflegeeinrichtungen und Einrichtungen der Behindertenhilfe.

5.2 Testungen in Schulen und Kindertageseinrichtungen

Für Personen, die in Schulen, Kindertageseinrichtungen und Einrichtungen der Kindertagespflege tätig sind, bestand im Zeitraum vom 17. August bis einschließlich 1. November 2020 ein freiwilliges Testangebot, das pro Person zwei Testungen im genannten Zeitraum umfasste. Diese freiwillige Testmöglichkeit wird mit je zwei zusätzlichen Testmöglichkeiten für Personal an Schulen und Kitas

sowie Tagespflegeeinrichtungen bis zum Ende der Weihnachtsferien am 10. Januar 2021 verlängert. In Abhängigkeit von den Testkapazitäten kann die Untersuchung mittels PCR oder Antigen-Test durchgeführt werden. Die Kostentragung erfolgt hierbei abermals durch das Land.

5.2.1 Anlassbezogene Testung in Schulen, Kindertageseinrichtungen und Einrichtungen der Kindertagespflege

Bei Auftreten eines Falles in einer Schule oder Kindertageseinrichtung können Kontaktpersonen im weiteren Sinn, die in Schulen betreut werden oder dort tätig sind, auf SARS-CoV-2 getestet werden. Hierfür sollen Antigen-Schnelltests zum Einsatz kommen, um ein möglichst schnelles Ergebnis sicher zu stellen. Zusätzlich erfolgt dadurch eine Entlastung der PCR-Laborkapazitäten. Die namentliche Festlegung der Personen, denen eine Testung angeboten wird, erfolgt durch die zuständigen Gesundheitsämter und Schulleitungen bzw. Einrichtungsleitung/-träger.

Anders als in pflegerischen oder medizinischen Einrichtungen steht in Schulen i.d.R. kein entsprechend geschultes Personal für die Abstrichentnahme zur Verfügung. Wegen der starken Inanspruchnahme bei der Bewältigung des SARS-CoV-2-Geschehens, insbesondere bezüglich der Kontaktpersonennachverfolgung, kann der ÖGD diese Aufgabe nicht übernehmen. Insofern muss hier auf die allgemeinen Strukturen zur Durchführung von Testungen auf SARS-CoV-2 zurückgegriffen werden.

Die derzeit laufende Weiterentwicklung der Probenahmeverfahren z. B. Einsatz von Speicheltests kann hier zukünftig möglicherweise eine Erleichterung bedeuten.

5.2.2 Sentineluntersuchung in Schulen und Kindertageseinrichtungen

Die in der weiterentwickelten Teststrategie vom 23. Juni 2020 vorgesehene Sentinel-Untersuchung in ausgewählten Schulen und Kindertageseinrichtungen soll weiterhin wie vorgesehen umgesetzt werden.

In Schulen und Kindertageseinrichtungen finden ansonsten keine regelmäßigen Testungen statt. Vor dem Hintergrund, dass bei Kindern im Kita-Alter Maßnahmen der physischen Distanzierung kaum umsetzbar sind und dort, sowie auch in Schulen viele Menschen aus verschiedenen Haushalten zusammenkommen, besteht trotz der getroffenen Infektionsschutzmaßnahmen wie insbesondere den Regelungen zum Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung ab Klasse 5, die Sorge einer Verbreitung in diesen Settings. Die Sentineluntersuchung dient insofern auch der Überwachung des Infektionsgeschehens.

Die Testungen sollen in jeweils 2 Stadt- oder Landkreisen jedes Regierungsbezirks stattfinden. Pro Woche soll eine definierte Anzahl Proben aus Kitas (Altersgruppe 0-6 Jahre), Grundschulen (Altersgruppe 6-10 Jahre) und weiterführenden Schulen (Altersgruppe 11-15 Jahre) sowie dem Personal gewonnen werden. Die Untersuchungen sollen durch die Gesundheitsämter koordiniert werden. Die Beprobung in den einzelnen Kreisen soll in einem 14tägig wechselnden Rhythmus stattfinden. Dabei können Klassenstufen oder Schulen rotiert werden.

Aufgrund der außerordentlich hohen Arbeitsbelastung im Landesgesundheitsamt kam es hier zu einer zeitlichen Verzögerung. Das Studiendesign einschließlich der erforderlichen Unterlagen (z. B. Elterninformation, Einverständnis- und Einwilligungserklärung) liegen zwischenzeitlich vor. Die Festlegung der teilnehmenden Kreise und Einrichtungen soll zeitnah auf den Weg gebracht werden.

6 Monitoring und systematische Untersuchung

Die in der weiterentwickelten Teststrategie vorgesehene regelmäßige Testung bestimmter Personengruppen zur Überwachung des Infektionsgeschehens und zur frühzeitigen Erkennung eines Wiederanstiegs der Fallzahlen entspricht, wie bereits in der Einleitung erwähnt, außerhalb des Settings Schule und Kita (siehe 5.2.2) nicht der Zielstellung von Testungen in der aktuellen epidemiologischen Lage.

Ein weiterer Teil der in der weiterentwickelten Teststrategie vorgesehenen Testoptionen ist zwischenzeitlich in die TestV Bund als Routineuntersuchung aufgenommen und kann daher im Rahmen des Monitorings und der systematischen Untersuchungen entfallen.

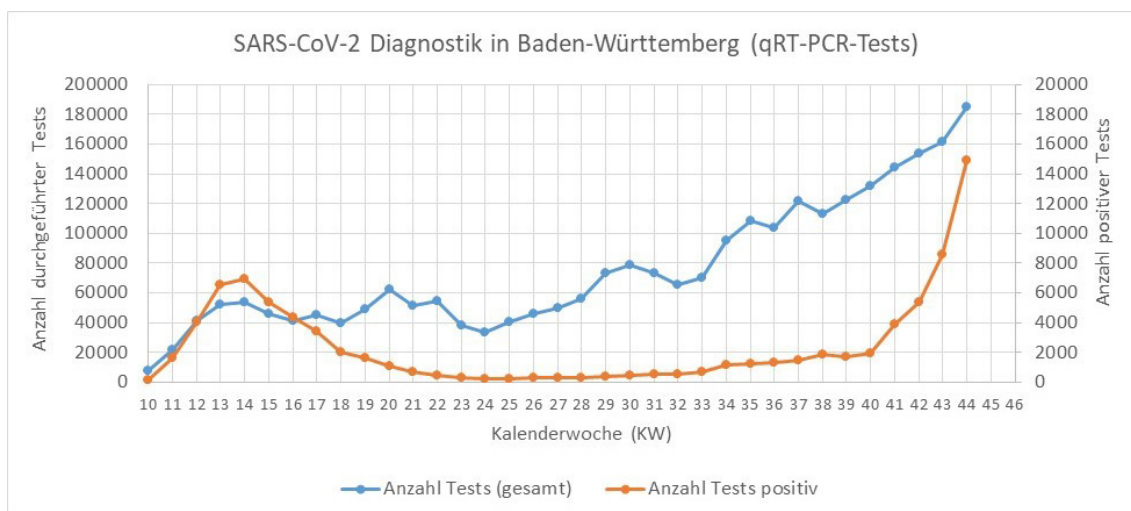
Vor diesem Hintergrund wird die Etablierung der folgenden Elemente der weiterentwickelten Teststrategie ausgesetzt bzw. aufgegeben:

- Bevölkerungsbezogenes Monitoring bei Krankenhauseinweisung
- Monitoring von medizinischem und pflegerischem Personal

Die Erweiterung der im LGA etablierten Influenza-Surveillance in Sentinel-Praxen niedergelassener Ärzte auf SARS-CoV-2 und weitere respiratorische Krankheitserreger soll weiterhin erfolgen. Die dadurch erzielten Informationen über die in der Bevölkerung kursierenden respiratorischen Erreger während der Grippezeit und deren räumliche Verteilung liefern einen wichtigen Beitrag zu Einschätzung der Lage in Bezug auf respiratorische Krankheitserreger im Land.

7 Testkapazitäten und Priorisierung

Die Testkapazitäten im Land wurden seit Beginn des SARS-CoV-2-Geschehens kontinuierlich ausgebaut (siehe Abbildung). Derzeit verfügen die Labore in Baden-Württemberg über Kapazitäten zur Durchführung von ca. 156.000 PCR-Testungen pro Woche. Bei dem aktuellen Testaufkommen sind die Testkapazitäten jedoch zunehmend ausgeschöpft. Eine weitere Steigerung ist nur begrenzt möglich, da sich aufgrund der hohen weltweiten Nachfrage zunehmend ein Engpass in Bezug auf Testreagenzien und andere Labor-Verbrauchsmaterialien abzeichnet. Auch entsprechendes Fachpersonal steht nicht in ausreichendem Umfang zur Verfügung.



Es ist davon auszugehen, dass aufgrund der beginnenden Erkältungssaison in den nächsten Wochen die Zahl der Patienten mit Atemwegssymptomatik weiter steigen wird. Zur Sicherstellung auch weiterhin ausreichender Testkapazität für die Versorgung von symptomatischen COVID-19-Fällen und zum Schutz vulnerabler Gruppen ist ein zielgerichtetes Vorgehen bei der Testung unbedingt erforderlich.

Sofern die Testkapazitäten für die Testungen der genannten Personengruppen nicht ausreichend zur Verfügung stehen, wird eine Priorisierung der Testung erforderlich. Hierzu hat das RKI aktuell entsprechende Empfehlungen veröffentlicht (siehe: https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges_Coronavirus/Teststrategie/Testkriterien_Herbst_Winter.html). Danach soll im Einzelfall in Abhängigkeit von der Schwere der Erkrankung, der Zugehörigkeit zu einer Risikogruppe oder der Ausübung bestimmter Tätigkeiten über eine Testung entschieden werden.

Zudem sollen asymptomatische Kontaktpersonen nicht mehr routinemäßig, sondern nach Einzelfallentscheidung getestet werden.